

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgebäude: Die Lindenstraße 16, Der Leuchtthurm 12, die 14 beginn. Köpckeplatz 11. Eingang für Verlag, Bestellungen und Anzeigenannahme: Die Lindenstraße 16, Kassenplatz-Zammlersnummer 79/1, Geschäftsstelle: Ober Postamtstr. 24 (Tel. Nr. 79/1) und Köpckeplatz 14 in Köpckeplatz (Tel. 14/28). Vertriebsort für die Reichspost: Albert Herting in Halle.

Nummer 3

Halle, Freitag den 4. Januar

1918

Die Stockung in den Friedensverhandlungen.

(W. T. A.) Berlin, 4. Januar. Wie der Reichsanzeiger in der heutigen Sitzung des Hauptstaatskommissars mitteilt, hat die russische Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Vrest-Litomost nach Stockholm vorgeschlagen. Staatssekretär v. Bülowmann ist beauftragt worden, diesen Vorschlag abzulehnen. Weiter ist aus Petersburg erklärt worden, daß Punkt 1 und 2 unserer Forderungen, die sich auf die Mobilität der Mächtigkeiten und die Bekämpfung der Bolschewikismen beziehen, nicht angenommen werden können. Dann bezieht er sich auf die Forderungen: Wir können davon nicht abgehen. Wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir sind uns auf unsere Modifikation, unter lokale Bestimmungen und auf unser altes Recht. (Schöster, Reichsanzeiger.)

zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgeben.

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Abgeordnete Kisch bedauert dann vor, die Verhandlungen zu vertagen. Der Abgeordnete Scheideemann jedoch sich dem entgegen, nur der Wp. Soziale wiederbrach dem Vertagungsantrage. Ein Antrag Straßers, die Verhandlungen bis morgen früh 10 Uhr zu vertagen.

pflichtet, unter allen Umständen am 4. Januar zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in Vrest-Litomost zu erscheinen. Diese Vereinbarung war allerdings dem Wortlaut nach ausdrücklich nur für den Fall getroffen worden, daß ihre letzte Aufforderung an die Westmächte, sich den Friedensverhandlungen mit Deutschland anzuschließen, innerhalb der festgesetzten zehntägigen Frist keinen Erfolg haben sollten. Dieser Fall ist, wie man wohl annehmen darf, jetzt eingetreten. Die russische Delegation war jedenfalls nach den Abmachungen verpflichtet, sich heute am Verhandlungstisch einzufinden. Statt dessen beantragte sie jetzt die Vertagung der Verhandlungen nach Stockholm und läßt die Westmächte gleichgültig wissen, daß die von ihnen vorgeschlagene Formalkonferenz für die Neuregelung der Verhandlungsfrage in den besetzten Gebieten für Rußland unannehmbar sei. Die Herren Lenin und Trotski halten es annehmbar für richtig, sich selbst auf ihr internationales sozialrevolutionäres Sprachspiel auszusprechen und mit uns in einem Ton zu reden, als wären wir die Friedensstörer gewesen. Es braucht uns nicht zu interessieren, ob der Vereinigungsumscheidung der Herren aus eigenem Antriebe erfolgt, oder ob er auf das Eingreifen auswärtiger Kräfte zurückzuführen ist. Wir stehen jedenfalls vor der Tatsache, daß innerhalb derselben Zeit, die den Westmächten von den Russen zugewandt wurde, jetzt die Russen selbst die entsehnendste Wirtung erzielt ist. Es ist ihnen darum am Bewußtsein abhandelt worden, daß wir nicht in dieser Weise mit uns insprechen lassen.

fragen auf. Das nationale Gewissen wird durch diesen Zwischenfall aufgerüttelt werden.

Die „Post“ (14.) schreibt: Es ist mehr als bezeichnend, daß die gestern erfolgte Unterbrechung der Verhandlungen schon vorher in englischen Blättern angekündigt war. Damit läßt sich nicht ohne Beweis zeigen, daß die Bolschewikisten unter englischen Einfluß stehen, wohl aber zeigt dies zweifellos, engender Abhängigkeit, daß die Fortsetzung einer Politik, wie die in den letzten Tagen von den Mittelmächten getrieben wurde, auf die Dauer jede russische Partei in die Arme der Entente zu treiben muß. Sowohl in parlamentarischen Kreisen, wie auch bei den berufsmäßigen Kennern der internationalen Politik herrscht die Ueberzeugung, daß der Versuch, zu einem Frieden mit Rußland zu gelangen, noch keineswegs als scheitert angesehen werden muß. Der Reichsanzeiger hat aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht durch eine Fortsetzung des Hochschwankens die politische Führung aufs neue in die Hände der Entente gelte.

Die Stellung der Fraktionen.

Berlin, 4. Januar. Der „Koslanzeiger“ schreibt über die Stellung der Fraktionen: Nach der Rede des Reichstagspräsidenten traten die Parteien zusammen. Die Mehrzahl der Abgeordneten steht auf dem Standpunkt der Regierung und hielt es mit der Würde des Reiches für unvereinbar, auf die Fortsetzung der Verhandlungen nach Stockholm zu verzichten, einzugehen.

An maßgebender Stelle wird, wie der „Koslanzeiger“ meldet, der Zwischenfall mit jener Rede, die sich bei unserer glänzenden militärischen Siege von selbst versteht, beurteilt. Die Sitzung trifft uns nicht an, und wir können ohne Zeichen von Unbehagen abwarten, welche Konsequenzen die Petersburger Regierung nach unserer abzuwartenden Antwort zu ziehen gedenkt ist. Brückt sie die Verhandlungen definitiv ab, was noch nicht abzusehen ist, so können wir es den Russen überlassen, die Folgen eines solchen Aktes auf sich zu nehmen. Inzwischen werden die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine hoffentlich einen so befruchtigenden Verlauf nehmen.

Reffektimmen:

Berlin, 4. Januar. Der Berliner „Koslanzeiger“ schreibt: Die russischen Delegierten haben sich dazu ver-

pflichtet, unter allen Umständen am 4. Januar zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in Vrest-Litomost zu erscheinen. Diese Vereinbarung war allerdings dem Wortlaut nach ausdrücklich nur für den Fall getroffen worden, daß ihre letzte Aufforderung an die Westmächte, sich den Friedensverhandlungen mit Deutschland anzuschließen, innerhalb der festgesetzten zehntägigen Frist keinen Erfolg haben sollten. Dieser Fall ist, wie man wohl annehmen darf, jetzt eingetreten. Die russische Delegation war jedenfalls nach den Abmachungen verpflichtet, sich heute am Verhandlungstisch einzufinden. Statt dessen beantragte sie jetzt die Vertagung der Verhandlungen nach Stockholm und läßt die Westmächte gleichgültig wissen, daß die von ihnen vorgeschlagene Formalkonferenz für die Neuregelung der Verhandlungsfrage in den besetzten Gebieten für Rußland unannehmbar sei. Die Herren Lenin und Trotski halten es annehmbar für richtig, sich selbst auf ihr internationales sozialrevolutionäres Sprachspiel auszusprechen und mit uns in einem Ton zu reden, als wären wir die Friedensstörer gewesen. Es braucht uns nicht zu interessieren, ob der Vereinigungsumscheidung der Herren aus eigenem Antriebe erfolgt, oder ob er auf das Eingreifen auswärtiger Kräfte zurückzuführen ist. Wir stehen jedenfalls vor der Tatsache, daß innerhalb derselben Zeit, die den Westmächten von den Russen zugewandt wurde, jetzt die Russen selbst die entsehnendste Wirtung erzielt ist. Es ist ihnen darum am Bewußtsein abhandelt worden, daß wir nicht in dieser Weise mit uns insprechen lassen.

Die „Post“ (14.) schreibt: Es ist mehr als bezeichnend, daß die gestern erfolgte Unterbrechung der Verhandlungen schon vorher in englischen Blättern angekündigt war. Damit läßt sich nicht ohne Beweis zeigen, daß die Bolschewikisten unter englischen Einfluß stehen, wohl aber zeigt dies zweifellos, engender Abhängigkeit, daß die Fortsetzung einer Politik, wie die in den letzten Tagen von den Mittelmächten getrieben wurde, auf die Dauer jede russische Partei in die Arme der Entente zu treiben muß. Sowohl in parlamentarischen Kreisen, wie auch bei den berufsmäßigen Kennern der internationalen Politik herrscht die Ueberzeugung, daß der Versuch, zu einem Frieden mit Rußland zu gelangen, noch keineswegs als scheitert angesehen werden muß. Der Reichsanzeiger hat aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht durch eine Fortsetzung des Hochschwankens die politische Führung aufs neue in die Hände der Entente gelte.

Das „Berliner Tageblatt“ führt folgendes aus: In Stockholm würden die Germanen Englands, Frankreichs und Amerikas und ihre sämtlich herbeiziehenden Agenten den schärfsten Bemühungen, eine direkte Verhandlung mit den russischen Delegierten zu erzielen. Ein höchstes Ziel von Anträgen würde am 26. Konferenzsitzung beschlossen werden. Das Geschäft der Spione würde wunderbar abgehen. Auf jedem Territorium zu verhandeln, wäre eine unmögliche Aufgabe. In jedem Falle müßten die Bolschewikisten sich lassen, daß sie mit dieser Forderung nicht durchdringen würden, zumal sie schon wiederholt auf diese Frage eine ablehnende Antwort erhalten hatten. Wenn sie jetzt aus dieser Ortsangelieben eine Verbindung für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen machen wollten, so könnte man darin nur einen Wort zu sehen.

Schweres Eisenbahnunglück — 2000 Tote.

(W. T. A.) Stockholm, 3. Januar. Wie „Djelo Naroda“ erklärt, hat am 23. Dezbr. auf der Station Vesschanovka eine Explosion stattgefunden, bei der zwei Militärszüge mit Kosaken, die nach dem Dondistrikt zurückkehren wollten, vernichtet wurden. 2000 Mann fanden den Tod.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. A.) Großes Hauptquartier, 4. Januar. (Schlichter Kriegsbericht.)

Nach an der neuen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der heidrischen Artillerie. Klare Front, weiter beeinflusste ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Opatz und nördlich von La Wasse scheiterten, sowie bei einigen erfolgreichen Unternehmen südlich von Woedres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinenabwecht einbracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abwurf von der Erde 23 Flugzeuge und zwei Heliobalons. Oberleutnant Voeger errang seinen 20. Luftsieg.

Schlichter Kriegsbericht:

Nichts Neues.

An der macedonischen Front und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Vize Oberstquartiermeister: Lubendorff.

Der Reichsetat für 1918.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht für 1918 wird dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, den Reichstag Mitte Februar geben. Ueber die Steuererhöhungen, die zur Finanzierung der Reichsschulden erforderlich sind, scheinen endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen zu sein.

Der künftige Leiter der Reichsgetr. idestelle.

Wie nach dem „Berl. Tagbl.“ aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der ehemalige Chef der Reichsgetr. idestelle, Herr v. Gravenich, gegen Ende d. M. die Leitung der Reichsgetr. idestelle übernehmen.

Der Genjör der Ukraine.

(W. T. A.) Petersburg, 3. Januar. P. T. A. Die Regierung der Sowjets in der Ukraine gedenkt darunter an Ansehen. In Jekaterinoslaw befindet sich die Macht vollständig in den Händen der Sowjets. Die Vorbereitungen zur Abwendung von Getreide nach dem Norden werden beschleunigt. Der Einfluß der Bolschewikist behält sich täglich weiter aus.

Ukrainer wider Maximalisten.

ep Jürich, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalkommandeur der Kosaken hat Steidlin außerordentliche Vollmachten für die Vertreibung des Landes gegen die Maximalisten verliehen. Nachrichten aus dem Dongebiet und der Ukraine bezeugen, daß sich die Operationen bisher auf Transportkonzentration beschränken. In der Gegend von Kiew lösten 200 000 Ukrainer zusammengekommen sein, die mit zahlreicher Artillerie versehen sind. In Jmerinka (Kobelen), wo die allgemeine Schlacht zwischen den Maximalisten und den Ukrainern beginnen sollte, haben beide Parteien einen fünfjährigen Waffenstillstand geschlossen.

Die Maximalisten haben das Gebiet des Schwarzmeer-Gouvernements als unabhängig erklärt

und ihm den Namen Schwarzmeerrepublik gegeben.

Die Maximalisten haben eine amerikanische Plant, die „New York Plant“, beschlagnahmt.

Quasas wieder aus Petersburg die Schließung der Fabriken auf 14 Tage wegen Kohlenmangel. Aus dem gleichen Grunde wurden bereits die Pulverwerke geschlossen.

Kongreß der englischen Arbeiterpartei.

Stockholm, 4. Januar. Wie „Stockholms Tidning“ berichtet, hat Henderson im Auftrag der Arbeiterpartei Osbornen zu dem in Nottingham stattfindenden Parteikongreß eingeladen. Der Kongreß wird über die antipolitische Lage und die Stellung der englischen Arbeiterpartei verhandeln. Es ist wahrscheinlich, daß der Kongreß sich für neue russische Mission ausrichten wird.

Spannische Aufrührerinnen und Broyen.

ep Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die radikale und die radikalsozialistische Partei hatten an die russische Republik einen Aufruf gerichtet, in dem sie erklärten, die Konferenz in Vrest-Litomost rufe eine feindselige Erregung hervor. Die Parteien könnten nicht glauben, daß die russischen Demokraten sich dem Militarismus unterwerfen sollten. Frankreich habe die russische Revolution mit Beifall begrüßt, weil es glaube, sie werde die militärische Macht der bösen Kaiser in Berlin und Wien brechen. Es verlor nicht, daß Rußland den Frieden wolle, aber Frankreich wolle einen Frieden in Opatz. Die russische Nation müßte, trotz Lenin und Trotski, und doch von ihnen folgen.

Separatfriedens verließen, daß Deutschland seine Fesseln um ihre Hände schloge. Den Frieden diskutieren und das Land verrotten, dürfe man nicht in einem Atem. Die Republikaner und Demokraten werden unter sich eine große Vereinigung bilden. Sie werden in der künftigen Weltlichkeit der Nationen die beiden Elemente der Stabilität und des Friedens darstellen.

Die Brotverteuerung in Italien.

ep Mailand, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Um der Bevölkerung Sparmaßregeln einzuführen, rechnet der „Corriere della Sera“ aus, daß dem italienischen Staate das zu 65 Prozent verfallene Nitrogennitrat Brot auf mehr als das Doppelte des Preises zu heben kommt, wenn es aus fremdem Getreide hergestellt wird. Das hohe Maßstab für das aus dem Auslande bezogene Getreide ist daraus erklärt.

Verbotene Kaffee-Einfuhr in Frankreich.

ep Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierung beschloß vorübergehend die Einfuhr von Kaffee zu verbieten. Ausgenommen sind die Mengen, die sich gegenwärtig für französische Reduktion auf der Fahrt nach England befinden. Um eine Sanft zu verbieten, behielt die Regierung, die Kaffeeernte an der Handelsfront von La Daurie aufzuheben.

Verlauf der argentinischen Getreideerte.

ep Buenos Aires, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen über den Verkauf der Getreideerte durch die Entente sind noch nicht beendet, nachdem jedoch ein günstiger Fortgang. Die Regierung wird dem Kongreß eine Resolution zur Ratifizierung dieses Abkommens zustellen. Die japanische und die schweizerische Regierung unternehmen Schritte, um in Argentinien je 400 000 und 100 000 Tonnen Getreide zuzukaufen.

